

Planlose Energiepolitik

In Deutschland und in Baden-Württemberg liegt aktuell mehr im Argen als sich zum Guten wendet. Die Politik macht es sich aber mit gleich zwei Generalausreden einfach. Für fast alles gibt es scheinbar zwei Hauptschuldige, das sind: Der Krieg in der Ukraine und der Klimawandel.

Dabei sind fast alle Entwicklungen hausgemacht. Energiepolitik, Wirtschaftspolitik, Migrationspolitik, alles was eine Gesellschaft ausmacht wurde durch Fehlentscheidungen der Regierungsparteien herbeigeführt. Nun greift man auf Notverordnungen zurück und bastelt sich ausufernde Gesetzeswerke, weil nichts mehr funktioniert.

Werte, die über Jahrzehnte geschaffen wurden, werden systematisch zerstört. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung die sich auf ein Marktwirtschaftliches Miteinander gründet, will man nicht. **Es bleibt zu hoffen, dass bald eine Zeit des Nachdenkens über dieses gefährliche politische Vorgehen einkehrt.**

Der Deutsche Bundestag hat auf Anregungen des Wirtschaftsministers Habeck und der Grünen-Fraktion zwischenzeitlich verschiedene Gesetzesänderungen bzw. Gesetzesergänzungen zugunsten der Windkraft vorgenommen. Durch diese Änderungen soll der Ausbau der Windkraft erleichtert werden.

Tatsächlich gehen diese Änderungen aber vollständig zulasten des Naturschutzes und des Landschaftsschutzes.

Das bisherige Gesetz für die Erhaltung der Natur, den Artenschutz und den Landschaftsschutz zum Wohle der Menschen und Tiere wird aus ideologischen Gründen nahezu vollständig aufgegeben. Hierbei wird bewusst in Kauf genommen, dass Artenschutz und Biodiversität massiven Schaden nehmen, der nicht wiedergutzumachen ist.

Dies geschieht alles in Kenntnis europarechtlicher Vorgaben, die genau diesen gesetzlichen Änderungen und Ergänzungen entgegenstehen.

Vorgegeben wurde zwar, Windkraft und Naturschutz „in Einklang zu bringen“. Tatsächlich dienen diese Vorgaben ausschließlich der Bevorzugung der Windenergie und des massiven Ausbaus dieser Energieform.

Die gesetzliche Ausgangslage: 1,8 Prozent der Landesfläche sollen in Baden-Württemberg bis zum 31. Dezember 2032 für Windenergienutzung zumindest planungsrechtlich gesichert sein. Das ergibt sich aus dem Windenergieflächenbedarfsgesetz, das zum 1. Februar 2023 in Kraft getreten ist.

Das bedeutet 4200 Hektar müssen in der Region Nordschwarzwald für den Bau von Windkraftanlagen planungsrechtlich gesichert werden.

Aktuell und klammheimlich

wurde in Baden-Württemberg die notwendige Windleistungsdichte von 215 Watt pro qm auf 190 Watt pro qm herabgesetzt, obwohl die neue Flächenstudie des Bundesverbandes Windenergie (BWE) sogar eine Windleistungsdichte von mindestens 310 Watt pro qm empfiehlt.

310 W pro qm entspricht einer mittleren Windhöffigkeit von 6,5 m/s in 160 m über dem Boden.

Der Grund liegt sicherlich darin, dass es im windschwächsten Land Deutschlands in BW selbst bei Windleistungsdichten von 215 Watt für die Windausbaupläne zu wenige Flächen gibt, die diese Kriterien erfüllen.

Nach übereinstimmender Aussage von Fachleuten ist ein Windrad ab etwa 30 Prozent Auslastung effizient. Wie zuletzt in einer von der Neuen Züricher Zeitung veröffentlichten Studie nachzulesen war, erreichen wir im windschwachen Baden-Württemberg im Durchschnitt gerade mal 18 Prozent.

Das ist wie in einer Arbeitswoche 1Tag arbeiten und die anderen 4 Tage frei haben.

Wer glaubt mit Windrädern an Schwachwindstandorten könne man eine erfolgreiche Energiewende gestalten befindet sich auf dem Holzweg.

Energiewende = Planwirtschaft ohne Plan, ein Kampf gegen funktionierende Strukturen mit hunderten Milliarden Ausgaben sowie Natur- und Landschaftszerstörung für keinen Klimaschutz.

Die Energiewende wurde begonnen, ohne die elementarsten Voraussetzungen für ein Vorhaben dieser Größenordnung zu schaffen.

- Es gab und gibt keinen Projektverantwortlichen
- keinen umfassenden sachlich logischen Projektablaufplan
- keine Analyse wieviel Ressourcen verbraucht werden
- keine Kostenanalyse
- und schon gar keine Kosten/Nutzen-Analyse
- keine Koordination der Maßnahmen, auch findet kein hinterfragen über die Sinnhaftigkeit und Bezahlbarkeit mehr statt, das geht in den Gemeinden los, über die Kreise zu den Ländern.

Trotz drohender Stromlücken durch Abschaltung gesicherter Leistung setzt die Bundesregierung auf mehr Stromverbrauch im Verkehr- und Heizungsbereich.

Während Strom Anfang 2021 bei 4,5 ct/kWh an der Börse gehandelt wurde, pendelt der Preis derzeit um 15 ct/kWh.

Entspannung ist nicht in Sicht, denn am 15. April gingen die letzten drei Kernkraftwerke vom Netz, welche bedarfsgerechten, grundlastfähigen CO₂ freien Strom lieferten.

Zur Verdeutlichung:

Das am 15. April abgeschaltete Kernkraftwerk Neckarwestheim II leistete das 3,6 fache aller 780 Windkraftanlagen in Baden-Württemberg.

Der Beitrag der Windkraftanlagen in Baden-Württemberg zur Stromerzeugung im Land betrug 2022 knapp 5 %. Noch düsterer wird es für die Windenergie in Baden-Württemberg, wenn man den Primärenergieverbrauch (Gesamtenergieverbrauch) betrachtet. Da macht der Windenergiebeitrag nicht einmal 1 % aus.

Der bisher von den 3 AKW erzeugte Strom kommt künftig aus bestehenden fossilen Kraftwerken, welche das Klima mit 30 Millionen Tonnen Treibhausgas CO₂ pro Jahr belasten werden.

In keiner Diskussion über die Abschaltung der Kernenergie kam vor, dass die Anlagen über ihre Betriebszeit viele Milliarden Tonnen CO₂ eingespart haben.

Alle abgeschalteten Kernkraftwerke wurden mit Kohle- und Gaskraftwerken ersetzt. Zudem wird zukünftig die gesamte Grundlast und Regelenergie fossil erzeugt. Deshalb sind die CO₂-Emissionen in der Stromerzeugung in Deutschland wieder gestiegen und gehören jetzt in Europa „zur Spitze“. Das ist „Grüner“ Klimaschutz.

Von den für den 1. Februar ausgeschriebenen 3200 MW Windenergie wurden nur 1441 MW bewilligt, obwohl die Einspeisevergütung um 25 % auf 8,1 ct/kWh erhöht worden war.

MW Wind ist übrigens nicht mit MW Kohle- oder Kernkraft zu vergleichen. Ein MW Wind liefert über das Jahr gerechnet nur etwa ein Viertel des Stroms von einem MW Kraftwerksstrom.

An etwa 140 Tagen fallen Windkraftanlagen in Deutschland als Stromlieferant fast völlig aus. Ihre Stromerzeugung liegt dann zwischen Null und 10 % der installierten Leistung.

Die für diese Flauten notwendigen 45.000 MW Gaskraftwerke bis zum Jahr 2030 sind Wunschdenken einer Regierung, die in den letzten Monaten mit Gasumlage, Gaspreisbremse und Gewinnabschöpfung bei der Stromerzeugung gezeigt hat, dass sie nicht in der Lage ist, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Während also die Bundesregierung neue Gaskraftwerke bauen lassen will, dreht sie den Bürgern den Gashahn zu.

Die Grünen mit ihren planwirtschaftlichen Illusionen wollen uns glaubhaft machen, dass mit dem Ausbau von Sonne- und Windenergie und einem Antriebswechsel im Verkehrs- und Wärmebereich, sowie mit Wasserstoff in der Industrie, unsere Energieversorgung klimaneutral gesichert werden kann. Dass dies für ein Industrieland nicht möglich ist und mit einem massiven Rohstoffbedarf sowie immensen, nicht bezahlbaren Kosten verbunden ist, wird verschwiegen.

Was wir in der Politik brauchen, ist weniger Ideologie und mehr Sachverstand. Die Aushebelung der Grundrechte für Mensch und Natur sind zerstörerisch und werfen uns um Jahrzehnte auf allen Ebenen zurück.

Aber dass sich die bürgerlichen Parteien einfach den Grünen unterwerfen ohne selbst darüber nachzudenken, das ist die eigentliche Katastrophe.